

Landesdelegiertenkonferenz

Bündnis 90/Die Grünen Berlin

24. März 2012

Beschluss V-08: Zerstörerische Braunkohlenutzung schrittweise beenden

Wir solidarisieren uns mit der Bevölkerung in der Lausitz, die von Abbaggerung und Zwangsumsiedlung bedroht ist und setzen uns für einen sozial-ökologischen Strukturwandel der Energieregion Berlin-Brandenburg ein.

5 Die klimaschädliche Braunkohlenutzung zerstört Lebensgrundlagen lokal und international. Nicht erst seit dem Scheitern der in den letzten Jahren auch von der brandenburgischen Landesregierung verfolgten CCS-Strategie wird deutlich, dass es keine saubere und umweltfreundliche Braunkohlenutzung geben kann, sondern nur einen vollständigen Ausstieg aus dieser Natur und Klima schädigenden Energieform.

10 Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb den Senat auf, die Braunkohleverstromung im Kraftwerk Klingenberg spätestens bis 2016 endgültig zu beenden und verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um durch rechtlich verbindliche Vereinbarungen auf Gas und erneuerbare Energien umzusteigen.

15 Das Land Berlin hinkt beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinterher und belegt im Bundesländervergleich der Agentur für Erneuerbare Energien regelmäßig die letzten Plätze. Hier wird das Potential für eine saubere, sichere und teilhabebasierte Energienutzung brach liegengelassen.

100 Prozent Erneuerbare Energien statt Braunkohle

20 Eine Fortführung der Braunkohlenutzung ist auch deshalb nicht sinnvoll, da der gesamte Strombedarf der Region Berlin-Brandenburg bis spätestens 2030 zu 100% aus erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. Den bundesweiten Ausstieg aus der Atomkraft wollen wir durch einen beschleunigten Umstieg auf umweltfreundliche erneuerbare Energien meistern. Die Region Berlin-Brandenburg könnte hier Vorreiter werden. Keinesfalls darf der Atomausstieg zum Vorwand werden, die Braunkohle als unverzichtbar darzustellen und ihre Nutzung zu forcieren. Das dient

25 alleine dem Gewinn bekannter Konzerne, es nützt jedoch nicht der Allgemeinheit. In einer

Situation, in der auch die Landesregierungen von NRW, Sachsen, Sachsen-Anhalt unter Druck geraten langfristige Vereinbarungen über den Abbau und die Nutzung der Braunkohlevorkommen zu unterzeichnen, wäre es zudem ein politisch desaströses Signal, wenn Brandenburg die Braunkohlenutzung sogar noch ausweitet. Die Relevanz des Klimaschutzes würde schrittweise ausgehebelt werden.

Keine neuen Braunkohletagebaue und neuen Braunkohlekraftwerke genehmigen

Neue Braunkohlekraftwerke zu genehmigen und neue Tagebaue zu erschließen hieße, dass Umweltverschmutzung und -zerstörung für Jahrzehnte zementiert und notwendige Investitionen in eine nachhaltige Energiewende erneut fehlgeleitet werden. Unabhängig davon, ob dem Kraftwerksbetreiber dabei das Freisetzen der klimaschädlichen CO₂-Emissionen in die Atmosphäre oder die Verpressung der Gase im Untergrund mit Hilfe der umstrittenen CCS-Technologie genehmigt wird, bedroht die Braunkohleverstromung die Lebensräume in der Lausitz sowie die lebenswichtige Versorgung mit sauberem Wasser in Brandenburg und Berlin.

Braunkohlenutzung dient nicht dem Allgemeinwohl

Grundstücksenteignungen, Zwangsumsiedlung und die Zerstörung der Natur sind heute nur deshalb möglich, weil die Braunkohlenutzung in Brandenburg durch den Gesetzgeber als einem übergeordneten Gemeinwohl dienend eingestuft wird. Das ist im Angesicht Möglichkeit der Energieversorgung durch 100 Prozent erneuerbare Energien und des insbesondere durch fossile Verbrennung ausgelösten Klimawandels nicht nachvollziehbar. Zwangsenteignungen für Braunkohle-Tagebaue fehlt heute jede Legitimation. Die gewaltsame staatliche Durchsetzung von Braunkohletagebauen verletzt eine ganze Reihe elementarer Grundrechte, zerstört wertvolle Kulturgüter und bedroht den Lebensraum der Sorbischen Minderheit. Angesichts der hohen Exportquote von Brandenburger Braunkohlestrom erscheint es doppelt absurd, wenn zur Versorgung anderer Bundesländer die Lausitz weiter geschädigt werden soll.

Atomausstieg durch Erneuerbare Energien statt Braunkohle kompensieren

Angesichts des hohen Exportanteils am Brandenburger Braunkohlestrom kann von einer Gefährdung der Stromversorgung ohne Braunkohle keine Rede sein. Allerdings sind exorbitante Renditen durch Atomstrom aufgrund des Atomausstiegs nicht mehr zu erzielen. Deshalb erhöhen die großen Energieversorger jetzt den politischen Druck zur Nutzung speziell von Braunkohlestrom. So wollen sie die hohen Renditen aus abgeschriebener Steinzeittechnologie auf Kosten von Umwelt und Bevölkerung sichern statt die erneuerbare Energieversorgung konsequent auszubauen. So wie die unverantwortliche Produktion von Atomstrom bald der Vergangenheit angehören wird, sollte aber auch die Erzeugung von Strom durch Zentrale Kohlekraftwerken keine Zukunft mehr haben.

65 *Sozial-Ökologischen Strukturwandel konsequent voran bringen*

Die Energiewende wird auf breite Zustimmung stoßen, wenn sie konsequent als sozial-ökologischer Strukturwandel betrieben wird. Wir setzen uns deshalb für einen breiten gesellschaftlichen Dialog ein, um darüber zu beraten, wie der Abschied von der Kohle auch sozial gerecht gestaltet werden kann. Darüber hinaus können Erneuerbare Energien dezentral und durch eine Vielzahl von Anbietern produziert werden. Hier gilt es sowohl zu verhindern dass sich große Konzerne dem entgegenstellen als auch dafür zu sorgen, dass sie in diesem Rahmen als gesellschaftlicher Akteur mitarbeiten. Durch die Energiewende erhalten wir somit neue politische Spielräume und Freiheiten.

75

Heute bereits mehr Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien als durch Braunkohle in Brandenburg

Alle verfügbaren Studien zeigen, dass die ökologische Transformation der Wirtschaft zu positiven Nettobeschäftigungseffekten führen wird.¹ Ein Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare-Energien-Strom bis 2030 in der gesamten Region Berlin-Brandenburg ist laut einer Studie des Reiner Lemoine Instituts nicht nur technisch möglich, sondern auch finanziell vorteilhaft und sozial verträglich. Den noch ca. 4800² Arbeitsplätze bei Vattenfall-Mining, die vom Braunkohletagebau abhängen, stehen bereits heute 11.540 Vollzeitbeschäftigte³ alleine in Brandenburg im Bereich der Photovoltaik, der Biomasse und der Windkraft bereits gegenüber. Auch der Wegfall der heute in der Braunkohleverstromung vorhandenen Arbeitsplätze kann durch neue Arbeitsplätze im Bereich Erneuerbarer Energien zukünftig kompensiert werden. Daher fordern wir das Angebot von Umschulungsangeboten, für die Beschäftigten des Braunkohlesektors, um ihnen einen Einstieg in die regenerative Zukunft zu ermöglichen. Für eine gezielte und sozial verträgliche Umstrukturierung bedarf es jedoch jetzt einer klaren Entscheidung, den Braunkohleabbau nicht weiter auszuweiten.

Der Green New Deal für Berlin und Brandenburg hat bereits begonnen

95 Es ist unsere Aufgabe dies zu vermitteln und den Bürgern und BürgerInnen konkret aufzuzeigen, welche Potenziale an Beschäftigung und Steuereinnahmen die erneuerbaren Energien im Gegensatz zur Braunkohle bringen können. Denn nicht nur im Bereich der Arbeitsplätze schneidet

1 vgl. Blazejczak/Edler: Strukturwandel und Klimaschutz. Wie Klimapolitik Wirtschaft und Arbeitswelt verändert - http://www.boell.de/downloads/Endf_Strukturwandel.pdf

2 vergl. S. 25 www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user.../Studie_Nr-50_web.pdf

3 vergl. IÖW-Studie für Greenpeace: 'Wertschöpfung und Beschäftigung durch Erneuerbare Energien in Brandenburg' vom Januar 2012

die Braunkohle immer schlechter ab: auch die Steuereinnahmen durch die Braunkohlenutzung sind massiv eingebrochen: Vattenfall Mining zahlt durch eine Umstrukturierung des Konzerns
100 nur noch rund 10% der bisher anfallenden Steuern in der Lausitz: trotz eines steigenden Ge-
winns zu dem die preiswert geförderte Braunkohle kräftig beiträgt, erhält die Stadt Cottbus nur
noch rund 2 statt bisher 20 Millionen Euro Steuereinnahmen, die Stadt Weißwasser nur 1,5 statt
bisher 13 Millionen und der Kraftwerksstandort Boxberg 2 statt 12 Millionen Euro. Zudem sol-
105 len weitere 180 Millionen Ausgabenkürzungen vor allem durch Arbeitsplätzeabbau realisiert
werden.

Für die Umwelt, für die Wirtschaft und für die Menschen fordern Bündnis 90/ Die Grünen die
schnellstmögliche, sozialverträgliche Beendigung der Braunkohlenutzung und einen verstärkten
Ausbau der erneuerbaren Energien.